

REGISTRIERUNGSPFLICHT FÜR POSTER

User unter Generalverdacht

Georg Pichler

Das Internet „darf kein rechtsfreier Raum“ sein, rechtfertigt Kanzler Kurz jenen Gesetzesentwurf, mit dem man zahlreiche Onlineplattformen zwingen möchte, die Identität ihrer Poster eindeutig festzustellen. Sein Statement zeichnet ein falsches Bild, denn der Diskurs im Netz unterliegt natürlich Gesetzen: Wer andere schwer beleidigt oder bedroht, macht sich strafbar. Die Deanonymisierung der Nutzer ändert nichts daran, dass viele Hasspostings heute schon unter Klarnamen verfasst werden. Dass sie oft ungestraft bleiben, liegt an der personellen Unterbesetzung der Justizbehörden und an der mangelnden Kooperationsbereitschaft großer Onlinenetzwerke.

Das Ziel, den Hass im Netz einzudämmen, ist löblich. Doch die neue Regelung schießt daran vorbei und gefährdet die Privatsphäre vieler Menschen, die unter Generalverdacht gestellt werden sollen. Es ist ein bedenklicher Entwurf, geschaffen von einer Regierung, die uns zuletzt schon mit der Registrierungspflicht für Handywertkarten beglückt hat. Er wird zwar keine Hasspostings verhindern, dafür aber den (regierungs-)kritischen Austausch erschweren.

Nun bleibt zu hoffen, dass das Vorhaben daran scheitern wird, dass es mit der europäischen E-Commerce-Richtlinie unvereinbar ist, wie Rechtsexperten behaupten. Denn nicht nur das Internet, auch die Europäische Union ist kein rechtsfreier Raum, in dem Regierungen nach Gutdünken schalten und walten können.

AKTION GEGEN NEONAZIS

So ein Zufall!

Michael Völker

Natürlich ist alles nur Zufall, beteuert die Regierung, wenn auch ein günstiger: Der Innenminister gerät unter Druck, weil er selbst mit der rechten Szene sympathisieren soll; das BVT gerät unter Druck, weil niemand mehr mit den Verfassungsschützern rede und diese nicht handlungsfähig seien; die FPÖ gerät unter Druck, weil sie allzu intensiv mit den rechtsextremen Identitären verhandelt sei. Und der Kanzler ist ganz verwundert und erobert darüber, dass sein Koalitionspartner Kontakte nach rechtsaußen haben soll. Die muss man doch bekämpfen!

Da trifft es sich wunderbar, dass es vor mehr als einem Jahr ein Neonazi-Konzert in der Steiermark gab. Da müsste sich doch was draus machen lassen. Und so kam es zu epochalen Hausdurchsuchungen. Leider noch keine Festnahmen, aber ganz eindeutig steht jetzt fest: Das BVT ist voll handlungsfähig, und diese Regierung tut aber wirklich was gegen den Rechtsextremismus und die bösen Nazis.

Das Ablenkungsmanöver ist so durchschaubar wie der Bundesheerspion, der plötzlich aus dem Nichts auftauchte (und kurz darauf dorthin auch wieder verschwand), als die Gewerkschaft der Regierung mit Streiks drohte. Da lassen sich etliche Beispiele auflisten. Die Regierung ist nicht nur gut im Agendasetting, sondern zunehmend auch geübt im Agendacutting. Diesmal war es allerdings allzu plump – fast schon peinlich. Dem Juristen, der diesen Fall ein Jahr lang liegen ließ, übrigens gute Besserung.

STEIRISCHE KRANKENHAUSMISERE

Regionale Kleinkrämer

Walter Müller

Es war eine empfindliche Schlappe, die die steirische Landesregierung jetzt für ein großes Reformvorhaben einstecken musste. Bei einer Volksbefragung im größten Bezirk Liezen lehnten 67 Prozent der Bevölkerung das gesundheitspolitische „Leuchtturmprojekt“ der rot-schwarzen Koalition ab. Der Plan sieht vor, die drei Bezirksspitäler zu sperren und stattdessen ein 250 Millionen teures Leitspital zu errichten. Ärztemangel und fehlende Fallzahlen in den Spitälern machten die Bündelung der Ressourcen notwendig, argumentierte die ÖVP-SPÖ-Regierungsspitze. Doch damit drang sie nicht durch: Sie konnte der Bevölkerung die Angst vor einem Verlust der medizinischen Grundversorgung vor Ort nicht nehmen. Kommunikativ war das wahrlich keine Meisterleistung.

Diese Diskussion hat aber noch einen überregionalen Aspekt: Österreichs SPÖ- und ÖVP-Politiker reden sich gern den Mund fuselig über das verbindende Europa, über grenzüberschreitende Kooperationen. Zu Hause aber erleben wir sie oftmals als regionale Kleinkrämer. Heruntergebrochen auf die steirische Spitalsdebatte: An den Landesgrenzen in Salzburg oder im Burgenland stehen Spitäler, die sich für eine länderübergreifende Kooperation förmlich aufdrängen. Die Steiermark zeigte bisher kein Interesse. Der Tellerrand ist der Horizont. Solange aber nicht über die Grenzen, „out of the box“ gedacht und gehandelt wird, bleibt die versprochene Reformpolitik unglaubwürdig.



derStandard.at/Cartoons

Netanjahu, wer sonst?

Israels Zufriedenheit mit dem Status quo wog schwerer als die Korruptionsvorwürfe

Eric Frey

Das Duell zwischen Benjamin Netanjahu und Benny Gantz dürfte unentschieden ausgehen. Aber der israelische Langzeitpremier ist dennoch der klare Sieger der Parlamentswahl – und hat die besten Chancen auf eine fünfte Amtszeit, denn das rechte Lager liegt weit vor dem Mitte-links-Block. Nur Netanjahu hat die Aussicht auf eine Mehrheit in der Knesset, und niemand kann eine Regierung gegen ihn bilden.

Der Ausgang der Wahl mag gerade Beobachtern in Europa nicht schmecken, aber er ist in vieler Hinsicht verdient. Israels Wirtschaft floriert, die Sicherheitslage ist besser denn je, und Netanjahu hat sich erneut als stärkster Wahlkämpfer erwiesen. Er erhielt Schützenhilfe von Donald Trump, der die Annexion der Golanhöhen anerkannte, und sogar von Wladimir Putin, der die Rückgabe der leiblichen Überreste eines 1982 im Libanon gefallenen Soldaten ermöglichte.

Die Mehrheit der Israelis teilt heute Netanjahus Opposition zu einem Palästinenserstaat ebenso wie seine Todfeindschaft mit dem Iran. Die massiven Korruptionsvorwürfe gegen ihn hat der Premier erfolgreich als Hetzjagd der linken Medien und einer politisierten Justiz dargestellt. Auch die Dämonisierung und Einschüchterung der israelischen Araber war erneut erfolgreich: Ihre Wahlbeteiligung, sie machen ein Fünftel der Wählerschaft aus, ging dramatisch zurück.

Gantz' Erfolg ging auf Kosten anderer linker Parteien; den Rechtsruck der israelischen Politik konnte er nicht stoppen. Auch einige rechte Kleinparteien verloren stark, was Netanjahu die Regierungsbildung erleichtern sollte. Er ist die unumstrittene Nummer eins im dominierenden politischen Lager. Selbst wenn Gantz' Blau-Weiß-Bündnis bei der Auszählung der Briefwahlstimmen Netanjahus Likud noch überholt, wird Staatspräsident Reuven Rivlin wohl den Premier mit der Regierungsbildung beauftragen.

Aus den USA könnte nun Druck auf Netanjahu ausgeübt werden, eine große Koalition mit Gantz zu bilden statt ein erneut ein Bündnis mit ultrarechten und religiösen Parteien. Eine solche Regierung könnte den Dialog mit den Palästinensern wiederaufnehmen und so dem kommenden US-Friedensplan eine Chance geben – und außerdem den Einfluss der Ultrareligiösen im Land zurückdrängen.

Doch das kommt für Netanjahu nicht infrage. Erstens fühlt er sich als Stimme der Vernunft in einer Regierung der Radikalen wohler als in einer Koalition mit Gemäßigten. Außerdem braucht er Verbündete, die ihn im Amt halten, wenn die Staatsanwaltschaft im Juni tatsächlich Anklage gegen ihn erhebt – wenn notwendig, durch eine Gesetzesänderung, die dem Premier Immunität verleiht. Für einen solchen Schachzug braucht er seine bisherigen Partner.

Die Wahl hat eine Bestätigung des Status quo gebracht, an dem ein Großteil der israelischen Gesellschaft nicht

rütteln will. Auch in Washington, Moskau und vielen arabischen Hauptstädten ist man zufrieden. Israel bleibt schwierig, oft irritierend, aber berechenbar. Selbst vielen Gegnern des jüdischen Staates ist ein kompromissloser Rechtspopulist mit starken antidemokratischen Zügen lieber als ein liberaler Friedensstifter mit moralischen Ansprüchen.

Bloß für die Palästinenser bleibt die Lage düster – und ebenso für jene schwindende Zahl an liberalen und aufgeklärten Israelis, die in ihrem Staat einst ein demokratisches Vorbild für die ganze Welt sehen wollten.

KOPF DES TAGES

Politik im Schatten von Generationen



Rahul Gandhi zieht als Oppositionsführer in die indische Parlamentswahl.

Foto: Reuters

Sein berühmter Name war ihm häufig eher Fluch als Vorteil. Urgroßvater, Großmutter und Vater Rahul Gandhis – sie alle standen einst an der Spitze der indischen Regierung. Macht und Einfluss der berühmten Politikerdynastie aber waren allzu oft überschattet von Gewalt und Tod: 1984 wurde Rahuls Großmutter Indira Gandhi ermordet, 1991 ereilte dasselbe Schicksal seinen Vater Rajiv.

Für Rahul Gandhi, der bei der heute, Donnerstag, beginnenden Parlamentswahl als Oppositionsführer ins Rennen geht, bedeutete all dies zunächst ein Leben im goldenen Käfig. Aus Sicherheitsgründen wurde er als Bub aus der Schule genommen und zu Hause unterrichtet. Als er später studierte, unter anderem in Florida und im englischen Cambridge, da ging das nur unter Pseudonym.

Nach seinem Uni-Abschluss zog es Rahul Gandhi zunächst in die Privatwirtschaft. In London arbeitete er für eine Beraterfirma, zurück in Indien erhielt er dann eine leitende Funktion in einem Unternehmen, das sich mit Technologie-Outsourcing befasste. Die Politik aber hatte Gandhi nie ganz aus den Augen verloren. 2004 kandidierte er erstmals für die Lok Sabha, die Volksversammlung, und gewann für die Kongresspartei prompt ein

Mandat. 2009 und 2014 konnte er seinen Sitz zwar jeweils verteidigen, dennoch eilt ihm in seiner Partei nicht gerade der Ruf einer wandelnden Erfolgsgarantie voraus: Bei der Wahl vor fünf Jahren etwa war er nicht nur Kandidat, sondern auch Kampagnenleiter der Kongresspartei – und fuhr eine historische Niederlage ein.

Dennoch: Drei Jahre später trat Rahul Gandhi in die Fußstapfen seiner Mutter Sonia und wurde Parteichef. Nun fordert der 48-Jährige, über dessen Privatleben nur wenig bekannt ist, bei der Wahl den amtierenden Premier Narendra Modi von der hindu-nationalistischen BJP heraus.

Dabei setzt er vor allem auf soziale Themen: 50 Millionen armen Familien stellt er ein jährliches Grundeinkommen in Aussicht, gleichzeitig verspricht er die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen und Unterstützung für Bauern.

Bis zum 19. Mai wird die Wahl in dem Land mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohnern noch dauern. Allzu große Chancen auf einen Sieg der Kongresspartei werden Gandhi trotz seines berühmten Namens dabei nicht eingeräumt. Und nein: Mit einem anderen berühmten Gandhi, dem friedlichen Revolutionär Mahatma, ist die Politikerdynastie Gandhi nicht verwandt.

Gerald Schubert